
Schuldbekenntnis setzt Schulderkenntnis voraus

Gespräch mit Bischof Demke über Kirche,
Gewerkschaften und Vergangenheitsbewältigung*

Dr. Christoph Demke, geb. 1935 in Bunzlau/Niederschlesien, Studium der Theologie an der Humboldt-Universität in Berlin, war von 1964 bis 1977 Dozent am Berliner Sprachenkonvikt. Daneben war seit 1975 als Sekretär der Theologischen Kommission des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR tätig, bevor er 1981 zum Leiter von deren Sekretariat ernannt wurde. Im Oktober 1982 wurde er zum Bischof der evangelischen Kirchenprovinz Sachsen gewählt und im Februar 1990 zum Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR.

Frage: Herr Bischof Demke, die Menschen in der ehemaligen DDR stehen vor schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Problemen. Wie gehen sie damit um?

Antwort: Das Grundkennzeichen der Befindlichkeit der Leute hier und übrigens auch meiner eigenen ist ein gewisses Im-Nebel-herumstochern, was die richtigen Entscheidungen und Wege angeht, die jetzt eingeschlagen werden müssen. Es gibt viel Enttäuschung und Resignation, weil die Versprechungen, die man im vorigen Jahr aus den Erklärungen des Bundeskanzlers und anderer Politiker herausgehört hat, sich nicht erfüllen. Die Gefahr einer Eskalation ist groß.

*Das Gespräch führten Hans O. Hemmer und Stephan Hegger am 2. Mai 1991 in Magdeburg.

lation der Gewalt halte ich demgegenüber noch nicht für so groß. Es gibt zwar auch Gewalt, vor allem unter Jugendlichen, die sich auch mit rechtsradikalen Emblemen und Verhaltensmustern schmückt, aber von der gesamtgesellschaftlichen Situation her beobachte ich eher Resignation als Auflehnung, eher Fernbleiben von Kundgebungen und eher die kühle Rechnung, notfalls in den Westteil Deutschlands zu gehen, wenn es hier zu lange dauert, als Empörung oder produktives Nachdenken, was getan werden muß, damit hier erkennbar wird, was andauernd mit Worten beschworen wird - nämlich der Aufschwung.

In den vergangenen 40 Jahren gab es in der DDR eine Tendenz zur Anpassung, die aus Angst resultierte. Schwingt das heute wieder mit? Oder spielt es eher eine Rolle, daß der Aufbruchgeist, der vielleicht notwendig wäre, um vieles zu ändern, bei den Menschen nicht in diesem Maße vorhanden ist?

Das spielt, soweit ich das als Kirchenmensch höre und miterlebe, eine große Rolle. Mir wird zum Beispiel erzählt, daß in Diskussionen um die zukünftige Gestaltung der Schule, die Bereitschaft der Lehrer überhaupt zu diskutieren, schlagartig nachgelassen hat, weil sie Angst haben, bei der fälligen Neubesetzung der Schulen keine Stelle zu erhalten. Und mir wird aus Betrieben gesagt, daß es eine verbreitete Redeweise gibt, die heißt: „Mach deinen Mund nicht zu weit auf, sonst fliegst du als erster raus“. Insofern ist die Anpassungsangst nun in einer anderen Richtung wieder da. In den Betrieben kommt hinzu, daß Betriebsleiter oder andere leitende Angestellte, die in der alten Zeit tätig waren, zum Teil wieder in der gleichen oder einer ähnlichen Funktion arbeiten. Allerdings muß man immer konkret nachfragen, was die Belegschaft dafür getan hat, daß es eine personelle Alternative gegeben hätte. Und dann kommt oft die Antwort, daß das Risiko niemand übernehmen wollte. Das Verhaltensmuster der alten DDR, das wir als Kirchen sehr beklagt haben und gegen das wir angegangen sind, nämlich der Mangel an Verantwortungsbereitschaft, besteht fort.

Es gibt ein Wort von Freya Klier, daß es in der ehemaligen DDR eine Pädagogik zur Lüge gegeben habe. Und die Lehrer sind ja nur ein Beispiel für viele andere gesellschaftliche Gruppen. Wie kann man mit dieser Belastung, die auf vielen einzelnen liegt, umgehen? Wie kann man damit Zukunft gestalten?

Ich glaube, daß es noch eine ganze Zeit dauern wird, bis es eine Atmosphäre gibt, in der sich der einzelne traut, darüber einigermaßen offen zu sprechen. Diese Pädagogik zur Lüge hat ja schon bei den Eltern begonnen, und natürlich habe ich meinen Kindern auch ziemlich früh beigebracht, klug zu sein und nicht alles nach außen zu tragen. Unabhängig davon lernen Kinder sehr genau zu unterscheiden, was man auf der Straße sagt und was man sagt, wenn die Eltern da sind. Diese Fähigkeit von Kindern, sich situationsgerecht zu verhalten, ist von uns Eltern und von den Lehrern bei der Erziehung zur Halbwahrheit ausgenutzt worden. Darüber dürfen wir uns nicht hinwegmogeln. Noch ist es schwierig, darüber deutlich zu sprechen. Ich halte das nicht für

schümm: Schuldbekennnis setzt Schulderkenntnis voraus, hat der katholische Bischof Sterzinsky in seinem Grußwort zur Bundessynode nach der Wende gesagt, und Schulderkenntnis braucht Zeit, sonst kommt es wieder zu einer Art Verlogenheit.

Die evangelische Kirche hat in der Zeit vor der Wende eine Art Katalysator-Rolle gespielt, auf jeden Fall für Menschen, die mit der Situation in der DDR nicht einverstanden waren. Kann die Kirche diese Rolle nach der Wende noch behalten oder muß sie jetzt ganz neue Aufgaben suchen?

Die Rolle, die wir damals hatten, ist uns eigentlich mehr zugewachsen, als daß wir sie direkt gesucht hätten. Es wäre deshalb auch falsch zu sagen, daß die Kirche sozusagen Vorreiter der Bewegung gewesen sei. Allerdings haben die Kirchen Fragen der politischen und gesellschaftlichen Verantwortung aus der Sicht des christlichen Glaubens immer auf ihrer Tagesordnung gehabt und versucht, diese in die Öffentlichkeit zu tragen, was meistens nur mit westlichen Medien ging. Aber auch dabei waren wir eher taktierend und vorsichtig als progressiv: Wir haben die Grenze immer sehr genau markiert, die Rolle einer agierenden Opposition war nicht unsere Sache. Dennoch haben viele Leute, die gerade hier einen Schritt weitergehen wollten, das Dach der Kirche gesucht. Die Kirchenleitungen waren dagegen eher zurückhaltend.

Für die Zukunft müßte es bei der Grundorientierung bleiben, die wir früher mit dem Schlagwort „kritische Solidarität“ bezeichnet haben, oder wenn man es theologisch begründen will: Der Auftrag „Suchet der Stadt Bestes“! ruft auf zur Solidarität; die Aufgabe, an Gottes Reich, sein Gebot und seine Gerechtigkeit zu erinnern, gibt dieser Solidarität eine kritische - und selbstkritische - Grundausrichtung. Diese „kritische Solidarität“ muß wohl auch für den Weg der Kirche unter den ganz anderen Verhältnissen bestimmend sein. Wie sieht das nun praktisch in einer pluralistischen, demokratischen Gesellschaft aus? Hier stellt sich das Problem völlig anders dar, als wir es bisher durchgefochten haben. Es geht darum, welche Position die Kirche im Spannungsfeld zwischen parlamentarischen demokratischen Kräften und außerparlamentarischer Opposition einnehmen wird. Es gibt eine ganze Reihe von Fragen, wo die Kirche eigentlich an der Seite der außerparlamentarischen Opposition stehen muß, wenn sie ihrem Auftrag folgen will. Das beeinträchtigt allerdings wiederum die Möglichkeiten, mit parlamentarisch etablierten Parteien konstruktiv zusammenzuarbeiten. Hier muß sich „kritische Solidarität“ praktisch bewähren. Hinzu kommt ein anderes Problem: Die Kirche soll überparteilich sein, oder genauer: kirchliche Mitarbeiter müssen sich so verhalten, daß sie für möglichst viele Menschen zugänglich sind, daß die Menschen sich trauen, sich an sie zu wenden. Diese Überparteilichkeit darf natürlich die Parteilichkeit, die nun einmal zum Grundzug des Evangeliums von Jesus Christus gehört, nicht verdecken. Wie man diese Parteilichkeit, die ja bedeutet, auf der Seite derer zu stehen, die an den Rand gedrängt sind, die entrechtet sind und deren Würde von anderen Menschen angetastet wird, mit der Forderung nach Offenheit gegenüber allen Menschen zusammenbringen will, stelle ich mir

ziemlich spannend vor, weil diese Solidarität eben nicht eine allgemeine Solidarität mit der Gesellschaft sein kann, sondern um der Parteilichkeit Jesu willen eine akzentuierte Solidarität sein muß, die auch kritische Momente enthält.

Hat die Kirche in den vergangenen 40 Jahren DDR diese Brücke zur Lebenswelt der arbeitenden Menschen, die Sie für notwendig halten, überhaupt gebaut, oder ist das gewissermaßen ein neues Betätigungsfeld, das sie jetzt betritt?

Die evangelische Kirche hat es in den 40 Jahren des Bestehens der DDR nicht vermocht, jene Abwendung von der Arbeiterschaft, wie sie sich im Laufe des vorigen Jahrhunderts vollzogen hat, rückgängig zu machen oder zu überwinden. Das ist nicht einmal ernstlich gewollt worden. Den Schaden kann man in meinem Kirchengebiet, in der Kirchenprovinz Sachsen, am deutlichsten im Mansfelder Revier sehen. Da hat sich die Geschichte der letzten 150 Jahre so ausgewirkt, daß es an manchen Orten kaum noch christliche Gemeinden gibt. Ein deutliches Indiz ist auch, daß in Gebetsbüchern für den Gottesdienst selten etwas oder nichts zur Arbeitswelt zu finden ist. Ein anderes Beispiel: Viele Bausoldaten - das waren diejenigen, die hier den Dienst mit der Waffe verweigerten - wurden auf Drängen der Kirche in der Industrie eingesetzt, und zwar vielfach an problematischen Stellen, an denen ohne jede Einhaltung von Arbeitsschutzbestimmungen gearbeitet wurde. Viele dieser Bausoldaten sind dann Pfarrer geworden. Dennoch hat sich daraus keine Chance für die Kirche entwickelt, in einen Bereich hineinzukommen, der uns völlig entzogen war. Im Gegenteil: Es wurde gesagt, daß die Menschen dort in unbegreiflicher Weise lethargisch seien, sich alles bieten ließen und für die Kirche unerreichbar seien. Es ist keinesfalls als Chance oder Aufgabe wahrgenommen worden.

Ist das vielleicht auch darauf zurückzuführen, daß die damalige Staatspartei, die SED, sich diesen Bereich sozusagen exklusiv gesichert hatte?

Das war ja im wesentlichen eine propagandistische Behauptung, auch wenn ich davon ausgehe, daß es für einzelne Mitglieder des Politbüros mehr war. Tatsächlich ist diesem ganzen Bereich Unerhörtes zugemutet worden, wenn man sich die Arbeitsbedingungen, die Arbeitsumwelt, die sanitären Ausstattungen, etwa im Bitterfelder Raum, ansieht. Da fragt man sich wirklich, wie es sein kann, daß Menschen so etwas zugemutet wird und sie es sogar hinnehmen. Die Blindheit der evangelischen Kirche gegenüber der industriellen Arbeitswelt geht meines Erachtens darauf zurück, daß sie in ihrem Stil stark vom Klein- und Bildungsbürgertum geprägt ist. Das ist bei der katholischen Kirche anders und übrigens auch bei den fromm-pietistischen Gruppen.

Welche Möglichkeiten und Chancen sehen Sie, neben der Öffnung zur Arbeitswelt, für die Kirche, einen Beitrag zur Überwindung der Sprachlosigkeit in der DDR-Bevölkerung und zur Stärkung ihres Selbstbewußtseins zu leisten?

Die beste Wirkungsmöglichkeit bietet der überschaubare Gesprächskreis, Großveranstaltungen sind sicherlich nicht das richtige Mittel. In dieser Hinsicht hat die Kirche gute Voraussetzungen, weil sie in vielen Kirchengemeinden vor Ort die entsprechenden Gesprächsmöglichkeiten bieten kann, die es auch leichter machen, die Gesprächsfähigkeit zu gewinnen. Die zwei Hauptfelder, auf denen die Kirche eigentlich wirken müßte, sind Schule und Arbeitswelt. Da gibt es vor allem im Blick auf die Schulen auch eine ganze Menge Initiativen. Aber die starke Verunsicherung vieler kirchlicher Mitarbeiter beeinträchtigt die Kräfte der Kirche.

Sie haben in diesem Zusammenhang auch auf die Grenzen der Marktwirtschaft hingewiesen, die wenig geeignet sei, soziale Probleme zu lösen. Sie haben entschiedeneres Handeln des Staates und auch der Gewerkschaften gefordert. Was erwarten Sie konkret?

Ich gehe da von meinem laienhaften Verständnis aus. Meines Erachtens hat die Entwicklung des letzten Jahres ganz massiv gezeigt, daß die Kräfte und die Logik des Marktes — das weiß jeder Monopoly-Spieler — Starke stark und Schwache schwach macht, aber niemals einen Ausgleich zwischen ihnen herbeiführt. Das vermögen die Kräfte des Marktes nicht, so daß es durch politische Steuerung erreicht werden muß, unter Nutzung der selbstwirksamen Kräfte des Marktes. Am wichtigsten sind nach meiner Auffassung die regionalen Steuerungen, an denen Gewerkschaften und Sozialverbände, Kommunen, Landes- und Bundespolitik sowie Unternehmer beteiligt werden müssen. In einer stärker an den Bedürfnissen der jeweiligen Region ausgerichteten Rationalisierung von Markt sehe ich nicht zuletzt im Hinblick auf das gemeinsame Europa eine Zukunftsperspektive. Die Regionen müssen jetzt in Deutschland ebenso gestärkt werden wie in Europa, sonst führen die Marktkräfte Situationen herbei, die nicht nur absurd sind, sondern auch inakzeptable Arbeitsmarktschäden, Umweltschäden und so weiter anrichten. Das Instrument heißt also Regionalstrukturpolitik - getragen von allen, die daran mitwirken. Ich verstehe nicht viel von Ökonomie, aber diese Zusammenhänge leuchten so unmittelbar ein, daß sie kaum widerlegbar sein dürften.

Wären die „Runden Tische“, jene Errungenschaft der friedlichen Revolution, das geeignete Instrument einer solchen Politik, oder ist diese Einrichtung inzwischen unbeliebt geworden?

Ich stelle mir durchaus so etwas wie Runde Tische oder Konzertierte Aktionen vor. Ich weiß, daß derartiges im Moment in der Aufbauphase repräsentativer Demokratie bei uns gerne beiseite gedrängt wird. Das hat eine gewisse Logik. Denn natürlich konnte man die Leute, die damals in der ersten Zeit an Runden Tischen saßen, fragen: „Wer hat euch eigentlich legitimiert?“ Die Frage der Legitimation muß zweifellos gestellt werden, aber ist es nicht bei den Strukturkrisen an der Ruhr, etwa im Fall Rheinhausen, in der ehemaligen Bundesrepublik, zu einem ähnlichen Zusammenwirken gekommen?

Könnte es sein, daß es im Ruhrgebiet und anderswo in der ehemaligen Bundesrepublik deshalb einfacher war, weil dort die Verfahren sozusagen einge spielt waren, während sie hier zum Teil im Aufbau sind?

Die meisten Menschen hier, auch solche, die wirtschaftliche oder politische Verantwortung tragen, haben ein enormes Informationsdefizit. Wie soll man etwa in der Treuhand-Zentrale in Berlin wissen, wie es im Moment in Stendal konkret aussieht. Das ist allein aus technischen Gründen außerordentlich schwierig. Allein deshalb bedarf es der Runden Tische. Dort können die lokalen und regionalen Informationen zusammengetragen werden.

In einem offenen Brief haben Sie im September 1989 geschrieben, daß man das Gelungene und Erreichte in der DDR bewahren und ausbauen, das Böse und Verdorbene zur Seite legen müsse. Und Sie haben das dann auch mit Beispielen belegt. Bleibt von der damaligen Bilanz nach anderhalb Jahren noch etwas übrig?

Außer den Menschen bleibt nicht viel übrig. Auch von den Polikliniken und den Kindergarteneinrichtungen, die ich damals erwähnte, wird wohl nicht viel übrig bleiben. Das finde ich gerade im Fall der Polikliniken besonders bedauernd: Wäre politisch mehr gesteuert worden, hätte man eine Chance für ganz Deutschland gehabt, die unverantwortliche Kostenexplosion im Gesundheitswesen an einer Stelle ein wenig unter Kontrolle zu bekommen. Was bleibt, sind die Menschen, die in ihrem Selbstbewußtsein sehr angeknackst sind. Auch wenn ihr Selbstbewußtsein wieder wächst, wird diese Phase nicht vergessen sein. Und wenn gewisse Probleme größer und womöglich unbeherrschbar werden - wie zum Beispiel die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen - werden sie sich vielleicht an diese DDR-Erfahrung erinnern.

Gibt es denn nicht auch die positive Erfahrung, daß man mit Einsatz etwas verändern, voranbringen kann?

Ich glaube, diese Erfahrung ist zu schwach ausgebildet. Es wird sehr darauf ankommen, wie man sich in der Konkurrenz behaupten kann. Die Menschen aus der Bundesrepublik sind darin trainiert. Das Selbstbewußtsein des einzelnen Bürgers der ehemaligen DDR muß dagegen erst gestärkt werden.

Die Erfahrung des Herbstes 1989 ist keine breite Erfahrung. Es war eine Revolution nach Feierabend, es gab keinen Generalstreik und eigentlich nichts, was es normalerweise geben muß, wenn machtvolle Kräfte gebrochen werden sollen. Es war ergreifend, es war eine Erfahrung, die man nicht so schnell vergißt. Aber die Erfahrung der Durchsetzbarkeit haben höchstens die gemacht, die diese Sache angeführt haben. Und die leiden ganz stark unter der Enttäuschung, daß aus dem, was sie sich damals vorgestellt und mit Elan durchgezogen haben, nichts geworden ist. Nicht wenige von ihnen sind heute gebrochene Leute.

Wie ist es zu erklären, daß bei einem solchen historischen Prozeß, wie wir ihn

bisher nicht gekannt haben, offenbar nichts nennenswert Positives von 40 Jahren DDR übrigbleibt? Liegt das am mangelnden Durchsetzungswillen, an fehlender Willenskraft oder an westlicher Borniertheit?

Es gibt viele Gründe dafür. Die wichtigsten sind wohl tatsächlich mangelnde Entschluß- und Willenskraft auf dem politischen Feld. Der Entschluß, die deutsche Einheit so schnell wie irgend möglich zu erreichen, war klug und richtig. Und die Intensität, mit der er durchgesetzt wurde, ist bewundernswert. Aber die historische Dimension dieses Prozesses hätte eine zusätzliche Führungskraft erforderlich gemacht. Dabei geht es mir nicht darum, auf den Bundeskanzler oder die Bundesregierung zu schimpfen, denn ich sehe bei anderen Parteien in dieser Hinsicht auch nicht mehr Substanz.

Auch der Zusammenschluß mit der Evangelischen Kirche in Deutschland hätte sich durchaus in anderer Form vollziehen können, wenn wir genügend Willenskraft gehabt hätten zu sagen, wie und warum wir es wollen. Aber diese Kraft haben wir nicht besessen. Dafür kann man manches zur Entschuldigung anführen. So ist der Grad der Erschöpfung der Menschen hier im Osten enorm, und er wird noch fortschreiten. Ich weiß nicht, wie er sozusagen wettgemacht werden könnte. Die ständige Anspannung bleibt, auch der Druck zu schnellen politischen Entscheidungen. Woher die Menschen kommen sollen, die das physisch und psychisch auf Dauer schaffen, ist mir ein großes Rätsel.

Andererseits bin ich nicht ganz und gar resigniert. Im Hinblick auf das kirchliche Gebiet bin ich mir ziemlich sicher, daß manche Fragen, die jetzt nach dem Muster, das in der alten Bundesrepublik vertraut war, gelöst scheinen, sich in fünf bis zehn Jahren wieder melden werden. Dann wird sich zeigen, daß diese Lösungen gar keine waren. Und dann wird man gemeinsam nach neuen Lösungen suchen müssen. Ich glaube also nicht, daß die Chancen, daß sich etwas ändert, endgültig vorüber sind. Eine kirchliche Erfahrung aus den 40 Jahren DDR ist für mich: Wir lernen nur unter Zwängen. Wenn die Zwänge fehlen, ist die Lernbereitschaft ziemlich gering. Und ich sehe, daß solche Zwänge in der Zukunft in Deutschland entstehen. Ich bin zum Beispiel davon überzeugt, daß Deutschland den Gipfel des Wohlstands überschritten hat.

Welche Forderungen verknüpfen Sie mit der Feststellung, daß der Wohlstandsgipfel überschritten sei, an die Gewerkschaften?

Das ist für mich ein ganz schwieriges Feld. Ich kann es eigentlich nur für die Situation hier im Osten beantworten. Es muß in diesem einigen Deutschland zwar keine totale Angleichung der Lohnverhältnisse, aber doch eine gewisse Nähe geben. Wenn ich richtig informiert bin, gibt es ja auch in der alten Bundesrepublik durchaus Unterschiede zwischen Nord und Süd. Gefälle mag es also geben, aber es darf keine Schwellen in dem Gefälle geben. Die müssen so bald wie möglich überwunden werden. Ich fand es einen wichtigen Schritt, als Gewerkschaften - ich glaube, es waren IG Metall und ÖTV - sich entschlossen haben zu sagen, wir machen einen Tarifvertrag mit Schritten zur Angleichung

des Lohnniveaus bis 1994. Wenn ich es richtig sehe, ist es nicht selbstverständlich, daß Gewerkschaften derart langfristige Verträge abschließen. Und wenn ich richtig höre, hat das ja auch innerhalb der Gewerkschaften viel Kritik hervorgerufen. Sich in einer solchen Situation planmäßig festzulegen, um der Unternehmensplanung eine Orientierungsgröße zu geben, halte ich für einen guten, verantwortbaren Schritt. Schwieriger ist es bei der Frage, ob im Westen Verzicht geübt werden soll, um dadurch den Osten zu unterstützen. Insgesamt denke ich, daß das sein muß. Unklar ist mir, wer wie auf welcher Ebene solche Verzichtsforderungen realisieren soll. Man sagt, daß Kapital nur dahin geht, wo kein Risiko ist. Wenn das so ist, kann man nicht die gesamte Risikolast den Arbeitnehmern aufhalsen. Das halte ich für ein in der Gesamtgesellschaft ungerechtes Verfahren. Aber ich könnte auch kein alternatives Verfahren nennen, weil mir die Sachkunde fehlt. Ich weiß nicht, wie Investitionen zu steuern sind.

Es gibt die Idee, einen Teil des Zuwachses der Einkommen in der ehemaligen Bundesrepublik sozusagen für die ehemalige DDR abzuzweigen, wobei sich immer gleich die Frage stellt, wie man sichergehen kann, daß das Geld an die richtigen Stellen gelangt. Aber es scheint so, als baue sich in der ehemaligen Bundesrepublik eher eine Aversion gegen das christliche Prinzip des Teilens auf. Sehen Sie da einen prinzipiellen Mangel in der ehemaligen Bundesrepublik oder ist politisch etwas falsch gemacht worden - haben die Kirchen und die Gewerkschaften in dieser Hinsicht nicht genug getan? Ist das Konkurrenzdenken womöglich nicht zu überwinden?

Das, was erforderlich wäre, steht tatsächlich im totalen Gegensatz zu den Verhaltensweisen, die durch die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen anerzogen werden. Darüber muß man sich im klaren sein. Man erwartet etwas von den Menschen, was ihnen ständig abtrainiert wird. Wenn man sich diesen Widerspruch nicht klarmacht und nicht öffentlich darüber spricht, wird der Aufruf zur Solidarität keine Folgewirkungen haben. Es ist ja oft geschrieben worden, daß es in der früheren DDR so etwas wie eine allgemeine Solidarität gegeben habe. Inzwischen ist klar, daß das keinerlei moralische Auszeichnung bedeutet, sondern daß es eben ein Charakteristikum einer Überlebensgemeinschaft war: Man half sich, weil man nur auf diese Weise vorankam. Es war sozusagen ein der Situation angepaßtes Verhalten. Hinzu kamen allerdings auf Gleichheit ausgerichtete Strukturbedingungen in der Gesellschaft - mit ihren negativen Folgen, aber eben auch positiven Aspekten. Wenn man jetzt ein solches Teilen unter den Bedingungen der sozialen Marktwirtschaft verlangt, muß man dessen Notwendigkeit und Folgen plausibel und logisch begründen. Nur dann kann man die Menschen überzeugen. Natürlich taucht sofort die Frage nach der gerechten Verteilung auf. Ich sehe darin ein Dilemma, aber man soll die Menschen nicht unterschätzen. Man soll offen zu ihnen sprechen, und man wird erleben, daß sie erstaunlich stark auch mit solchen Schwierigkeiten umgehen können. Nicht nur Kinder werden im allgemeinen von den Erwachsenen unterschätzt, was ihre Wachheit, ihre Beobach-

tungsgabe, ihre Fähigkeit angeht, mit Lebensproblemen umzugehen. Ich habe den Eindruck, daß wir leitenden Leute im allgemeinen die Menschen an der Basis unterschätzen. Sie sind durchaus in der Lage, auch schier unlösbare Probleme anzugehen, wenn man sie ihnen nur deutlich genug mitteilt. Aber die Nutzung der Probleme zum Austragen des Parteiengerangs fördert nicht das Zutrauen zur Demokratie.

Müßten denn Kirchen und Gewerkschaften öfter und deutlicher über diese Zusammenhänge sprechen?

Sie müßten sicherlich öfter und deutlicher darüber sprechen. Natürlich gibt es die Erscheinung, daß die Kirchen in der ehemaligen DDR jetzt schwächer vernehmbar sind, weil sie keine einzigartige Stellung mehr haben. Ich müßte als Bischof schon etwas ganz Verrücktes erklären, damit es in die Zeitung käme. Aber man muß auch ehrlich zugeben, daß sich die Kirchen in der ehemaligen DDR zu den Grundfragen der Entwicklung, soweit sie die ganze Gesellschaft betreffen, in den zwei Jahren eigentlich nicht deutlich genug geäußert haben. Das hängt auch damit zusammen, daß eine vorher vorhandene, geradezu selbstverständliche Einmütigkeit nicht mehr besteht.

Sind nicht auch viele Menschen, die vorher im kirchlichen Bereich tätig waren, in die Politik gegangen?

Wir haben Kräfte verloren. Für uns in den Kirchenleitungen war es eine gewisse Überraschung festzustellen, daß, wenn es verschiedene politische Optionen gibt, auch unterschiedlich politisch optiert wird. Vorher gab es diese Möglichkeit ja nicht, infolgedessen blieben politische Differenzen unter der Decke. Man spürte sie vielleicht ein bißchen, aber im wesentlichen herrschte Relativierung: Es mag Unterschiede geben, aber in der Hauptsache sind wir uns einig. Jetzt sind wir dabei, die Unterschiede zu erfahren, zu verarbeiten und der Frage nachzugehen, wie man eigentlich miteinander umgehen soll. Gibt es schließlich trotzdem Einigkeit und wie sieht sie aus? Ähnliches gibt es übrigens bei den Parlamentariern, die plötzlich die Auseinandersetzung im Parlament üben müssen. Viele tun das so gründlich, daß darüber ihre sämtlichen persönlichen Beziehungen zu Bruch gehen.

Für das Politikverständnis der Menschen in der ehemaligen DDR spielt der Umgang mit der Stasi-Problematik eine zentrale Rolle. Auch Kirchenleute haben sich dahingehend geäußert, daß man mit der Last der Vergangenheit irgendwie abschließen möge, daß man die Dinge ruhen lassen solle. Wie sehen Sie das heute?

Die Hauptfrage ist, wie den Menschen, die durch die Aktivitäten des Staatssicherheitsdienstes erkennbar Schaden und Unrecht erlitten haben, Aufklärung und Entschädigung zuteil werden kann. Für die Beantwortung dieser Frage müssen die Akten zugänglich bleiben, aber eigentlich nur für die Beantwortung dieser Frage. Ich halte es nach wie vor nicht für den richtigen Weg,

mittels der Stasi-Akten aufzuklären, sozusagen die einzelnen Mitglieder der Bevölkerung mit Hilfe dieser Akten zu definieren. Ich habe mich bisher standhaft geweigert, auch nur irgendwelche Bestandteile von Stasi-Akten, die mir zugespielt werden sollten, zur Kenntnis zu nehmen. Erstens ist es gesetzwidrig und zweitens will ich sie nicht zur Kenntnis nehmen, weil ich beobachte, wie diejenigen Leute, die das tun, ganz unwillkürlich die Beurteilungen von Menschen, die in den Akten enthalten sind, als innere Beunruhigung mit sich tragen. Das kann zu einer geradezu phantastischen Neubeurteilung ihrer Mitwelt führen, so daß man ihnen sagen muß: Du kennst doch deinen Kollegen aus jahrzehntelanger Erfahrung viel besser, als daß dich eine derartige Einsortierung des Staatssicherheitsdienstes irremachen dürfte. Aus diesen Beobachtungen schließe ich, daß die Stasi-Akten nicht zur Aufklärung taugen. Man tut dem Staatssicherheitsdienst im nachhinein eine Ehre an, die ihm nicht gebührt. Ich kann doch nicht das Material einer Organisation, zu deren Grundmethoden das Lügen gehörte, zum Richter über andere Leute machen. Viele Jüngere, auch unter den Kirchenmitarbeitern, drängen darauf, die Akten zu benutzen, um so zu einer Art Selbstreinigung zu kommen. Aber wir wissen aus der Bibel, daß Selbstreinigung immer zu Sündenböcken führt und vor allem zu einer Art Selbstbetrug.

Nach 1945 ist die Selbstreinigung ebenfalls unterblieben. Müßte das diesmal nicht anders laufen?

Ich hoffe eigentlich, daß die Kirche wesentlich dazu beiträgt, daß eine Atmosphäre entsteht, in der die Angst, über diese Dinge ehrlich zu sprechen, so stark zurücktritt, daß man eben darüber sprechen kann. Ich halte zum Beispiel die Versuche, hauptamtliche Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes und ihre Opfer miteinander ins Gespräch zu bringen, für ganz wichtige Schritte. Es gibt sicher eine Reihe von Kirchenmitarbeitern, die aufgrund von Erpressung an der Angel des Staatssicherheitsdienstes gehangen haben. Es wird auch noch solche geben, die sozusagen durch den Staatssicherheitsdienst präpariert worden sind, in die Kirche zu gehen. Ich bin davon überzeugt, daß sich noch nicht alle mitgeteilt haben. Aber ich halte auch daran fest zu sagen, daß wir eine Atmosphäre brauchen, in der sie sich mitteilen können. Je mehr Entlarvungsdramaturgie von den Medien inszeniert wird, um so mehr wird die Atmosphäre der Angst zunehmen und um so weniger wird es zu einer wirklichen Aufarbeitung kommen. Aufgearbeitet werden muß insbesondere auch das, was sich im Schulbereich abgespielt hat und was nicht ausschließlich auf den Staatssicherheitsdienst zurückging. Welche Lehrer haben warum welchen Schüler durch Noten ihr Fortkommen verdorben? Ich kenne Geschichten von Notenschwindel, die sich gewaschen haben. Das haben auch solche Lehrer getan, die hervorragende Pädagogen sind. Das ist erschütternd und darüber möchte ich gerne mit den Betroffenen reden. Das geht nicht in einer Atmosphäre der Entlarvung. Ich hoffe, daß die Zeit der Vergangenheitsbewältigung noch kommt. Sie umfaßt sehr viel mehr als das, was in den Akten steht. Das ist mir sehr wichtig, denn sie bezieht eigentlich jeden mit ein, betrifft jeden. Hat

man sich selber zu etwas überredet - das ist ein Mechanismus, der sehr tief wirkt und den ich auch an mir selbst beobachtet habe -, weil man sich einfach nicht immer nur negativ verhalten wollte? Jeder braucht doch etwas Positives, das ihn mit anderen Menschen verbindet. Intellektuelle sind mehr von dieser Anpassungsstrategie gefährdet als die, die weniger gedankliche Möglichkeiten haben. Damals, beim Einmarsch in die Tschechoslowakei, brauchten manche nur kurze Zeit, um sich irgendwelche Erklärungen zurechtzulegen, während die sogenannten einfachen Leute stur dabei blieben, daß der Einmarsch eine Schweinerei sei.